



Elgen Sauerborn

**Der Auftritt der Zivilgesellschaft
im transdisziplinären Dialog
zur Energiewende**

Die Autorin

Elgen Sauerborn M.A., studierte Soziologie und Komparatistik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und an der AGH University of Science and Technology in Krakau. Zurzeit beendet sie ein weiteres, forschungsorientiertes Masterstudium an der Humboldt-Universität zu Berlin und promoviert an der Freien Universität Berlin. Sie arbeitet als wissenschaftliche Hilfskraft im Maecenata Institut.

Das Maecenata Institut

Das **Maecenata Institut an der Humboldt-Universität zu Berlin** wurde 1997 als unabhängige wissenschaftliche Einrichtung gegründet. Das Institut hat die Aufgabe, das Wissen über und das Verständnis für die Zivilgesellschaft und den sogenannten Dritten Sektor mit den Themenfeldern Bürgerschaftliches Engagement, Stiftungs- und Spendenwesen durch Forschung, akademische Lehre, Dokumentation und Information sowie den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis zu fördern. Das Institut versteht sich als unabhängiger Think Tank.

Das Institut ist eine nicht rechtsfähige Einrichtung der Maecenata Stiftung (München) und hat seinen Arbeitssitz in Berlin. Seit 2004 ist das Institut durch Vertrag in der Form eines An-Instituts an die Humboldt-Universität zu Berlin (Philosophische Fakultät III, Institut für Sozialwissenschaften) angegliedert.

Weitere Informationen unter: www.institut.maecenata.eu

Die Reihe Opuscula

Die Reihe **Opuscula** wird seit 2000 vom Maecenata Institut herausgegeben. Veröffentlicht werden kleinere Untersuchungen und Forschungsarbeiten sowie Arbeitsberichte aus Projekten des Instituts. Nach der Umstellung der Publikationsstruktur des Maecenata Instituts in 2008, ist die Reihe *Opuscula* neben den im Verlag Lucius&Lucius erscheinenden *Maecenata Schriften*, ein wichtiger Publikationsweg des Instituts. Die Registrierung dieser in elektronischer Form erscheinenden Reihe unter der ISSN 1868-1840, sowie die Vergabe von Einzelkennungen (URNs) durch die Deutsche Nationalbibliothek sorgen für eine beständige Verfügbarkeit. Eine Übersicht der neuesten Exemplare erhalten Sie auf der letzten Seite jeder Ausgabe.

Die gesamte Reihe *Opuscula* finden Sie zum kostenlosen Download unter: <http://www.opuscula.maecenata.eu>

Impressum

Herausgeber

MAECENATA Institut an der Humboldt-Universität zu Berlin,
Wilhelmstr. 67, D- 10117 Berlin,
Tel: +49-30-28 38 79 09,
Fax: +49-30-28 38 79 10,

E-Mail: mi@maecenata.eu

Website: www.maecenata.eu

Redaktion: Christian Schreier

ISSN (Web) 1868-1840

URN: urn:nbn:de:0243-092013op659



Alle Rechte vorbehalten! Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.
Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer [Creative Commons 3.0 Deutschland Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/).
Die Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasserin bzw. des Verfassers wieder.

Haftungsausschluss: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt das Maecenata Institut keine Haftung für die Inhalte externer Links.
Für den Inhalt verlinkter Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Maecenata Institut, Berlin 2013

Inhalt

Vorwort.....	4
1. Dialogreihe zur Energiewende der HUMBOLDT-VIADRINA School of Governance	6
2. Hypothesen und Fragestellung	6
3. Stand der Forschung	8
4. Theoretische Annahmen und empirische Vorgehensweise.....	10
4.1 Neo-Institutionalismus als theoretischer Rahmen der Analyse	10
4.2 Organisationsanalyse, teilnehmende Beobachtung und qualitative Interviews	11
5. Ergebnisse	12
5.1 Formale Analyse der teilnehmenden Organisationen und AkteurInnen	12
5.2 Ergebnisse der teilnehmenden Beobachtung	13
5.3 Ergebnisse der qualitativen Interviews	16
5.3.1 Eigenes Rollenverständnis der AkteurInnen aus der Zivilgesellschaft.....	16
5.3.2 Einschätzung der Gesprächs- und Diskussionskultur	18
6. Kritikpunkte	20
7. Wissenschaftliche und praktische Anschlussfähigkeit.....	22
Literaturverzeichnis	25

Vorwort

Im Zusammenhang mit großen öffentlichen Vorhaben, die weitreichende politische Steuerungen voraussetzen, ist Partizipation zu einer der entscheidenden Gelingensbedingungen geworden. Alle empirischen Erfahrungen der letzten Jahre belegen, daß solche Vorhaben ohne funktionierende partizipative Mechanismen fast undurchführbar sind oder zumindest das Verfahren sehr viel weiter verlängern, als dies bei einem frühzeitig organisierten Partizipationsprozeß der Fall wäre. Hinzu tritt das entscheidende demokratiethoretische Argument, das einer offenen und möglichst viele Betroffene, Interessierte und Sachkundige einbeziehenden Phase der politischen Deliberation eindeutig den Vorzug vor konventionellen Entscheidungsvorbereitungen hinter verschlossenen Türen den Vorzug gibt. Auch erscheint die Berücksichtigung alternativer Gesichtspunkte und Interessen als der der Bauherren, Parlamentarier oder Verwaltungen zur Wahrung des sozialen Friedens unabdingbar. Schließlich kann angesichts der Komplexität der Themen auf die Kompetenz von Experten und Organisationen möglichst vielfältiger Provenienz nicht mehr verzichtet werden. Offene dialogische Verfahren haben sich als besonders geeignet erwiesen, die Vielfalt der Ansätze über moderierte Prozesse miteinander zu verknüpfen und womöglich konsensuale Ergebnisse oder zumindest Verständnis für andere Positionen als die eigene herbeizuführen.¹

Wie solche partizipative Prozesse erfolgsversprechend zu organisieren sind, gibt es unterschiedliche Modelle und relativ wenig Erfahrungen. In der Durchführung kommt freilich nach weithin herrschender Meinung der organisierten Zivilgesellschaft besondere Bedeutung zu, die freilich konzeptionell neu zu entwickeln ist, zumal sich traditionelle Beteiligungsverfahren von Verbänden oder Bürgern nicht nur wegen des späten Zeitpunkts des Einbezugs in das Verfahren als relativ untauglich erwiesen haben.

In dem an der Humboldt Viadrina School of Governance von Prof. Dr. Gesine Schwan geleiteten sogenannten Dialog zur Energiewende ist experimentell der Einbezug der organisierten Zivilgesellschaft von Anfang an und auf gleicher Augenhöhe erprobt worden. Dieser Ansatz stellte die Organisatoren vor besondere Herausforderungen. Zum einen setzt sich die Zivilgesellschaft aus großen, schon von jeher an politischen Deliberationsprozessen aller Art beteiligten Akteuren ebenso zusammen wie aus spezialisierten, thematisch orientierten Gruppen und relativ unorganisierten Bewegungen. Zum zweiten ist die Zivilgesellschaft insgesamt aus ihrer Handlungslogik heraus nicht repräsentativ verfaßt. Die Auswahl der Gesprächspartner mußte daher durch die Organisatoren erfolgen, die damit

¹ S. hierzu: Steven Johnson, Wo gute Ideen herkommen. Eine kurze Geschichte der Innovation. Bad Vilbel 2013 (engl. Where Good Ideas Come From. New York/London 2010)

auch die Verantwortung für diese Auswahl übernehmen mußten. Zum dritten war es der Natur des hier durchzuführenden Prozesses geschuldet, daß es hier nicht um die Einbeziehung einer Zivilgesellschaft im Sinne der Gesamtheit der Bürgerinnen und Bürger, sondern vielmehr „nur“ um die Beteiligung von in sich durchaus verfaßten zivilgesellschaftlichen Organisationen gehen konnte.² Damit wurde bewußt Kompetenz über Betroffenheit und Breite der Meinungen gestellt.

Neuartigkeit und Besonderheiten legten nahe, diese Erprobung im Wege der teilnehmenden Beobachtung wissenschaftlich zu begleiten. Es galt, Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie sich die Akteure der Zivilgesellschaft (von „Vertretern“ der Zivilgesellschaft zu sprechen, ist zumindest mißverständlich) in einen solchen strukturierten Prozeß einbringen, wie sie von anderen Teilnehmern aufgenommen werden und wie sie ihre Mitwirkung selbst beurteilen. Auf diese Fragen versucht die hier vorgelegte Studie, erste Antworten zu finden. Sie wurde im Zeitraum von November 2012 bis Juli 2013 erstellt. Der knappe Zeitrahmen und die Beschränkungen des möglichen Untersuchungsrahmens setzen naturgemäß den erzielbaren Ergebnissen Grenzen. Zweifellos besteht erheblicher weiterer Forschungsbedarf sowohl zu den Prozessen selbst als auch zum Auswahlverfahren und zu anderen kritischen Aspekten. Dennoch hat, wie wir meinen, die Analyse des hier im Rahmen des Projekts ‚Energiewende‘ erprobten partizipativen Ansatzes wertvolle Hinweise für dessen Weiterentwicklung und Übertragung erbracht und Indizien für seine Überlegenheit gegenüber anderen Verfahren der Entscheidungsvorbereitung und politischen Sensibilisierung für weitreichende Steuerungsnotwendigkeiten geliefert. Die Formulierung und Umsetzung einer neu konzipierten Partizipationspolitik unter Einbezug der Zivilgesellschaft kann im Ergebnis der Untersuchung als weiterführend und machbar bezeichnet werden.

Die Untersuchung wurde im Wesentlichen von meiner Kollegin Elgen Sauerborn M.A. durchgeführt. Ihr gebührt für das gezeitigte Ergebnis herzlicher Dank. Der Humboldt Viadrina School of Governance danke ich besonders für die Gelegenheit, dieses aktuelle Thema so praxisnah bearbeiten zu können.

Berlin, im August 2013

Dr. Rupert Graf Strachwitz
Direktor des Maecenata Instituts

² Zur Unterscheidung siehe: Christopher Gohl, Prozedurale Politik am Beispiel organisierter Dialoge. Berlin 2011

1. Dialogreihe zur Energiewende der HUMBOLDT-VIADRINA School of Governance

Die HUMBOLDT-VIADRINA School of Governance führt seit März 2012 mit Förderung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung, die Robert Bosch Stiftung und die Helmholtz Gemeinschaft eine sogenannte Dialogreihe zur Energiewende durch. AkteurInnen aus Politik, dem Unternehmenssektor und der organisierten Zivilgesellschaft können gemeinsam mit VertreterInnen aus der Wissenschaft und den Medien in dem von Prof. Dr. Gesine Schwan geleiteten Format zu nachhaltigen Lösungen zur politisch beschlossenen Energiewende beitragen, da Möglichkeiten transdisziplinär diskutiert werden.

Seit Beginn der Dialogreihe wurden bisher sechs Plenumsdialoge und 15 Unterdialoge zu den Themen „Visionen“, „Prozessverantwortlichkeit“, „Europa“ sowie „Innovationen und „Energieeffizienz“ durchgeführt. Im Rahmen der vorliegenden Begleitforschungsarbeit wurden zwischen November 2012 und Juni 2013 drei Plenums- sowie neun Unterdialoge beobachtend begleitet und mehrere leitfadengestützte Interviews mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren durchgeführt.

2. Hypothesen und Fragestellung

Die Partizipation zivilgesellschaftlicher AkteurInnen an komplexeren Deliberationsprozessen ist relativ neu und demzufolge auch wenig erforscht. Aus diesem Grund wurde für die „Dialogreihe Energiewende“ der HUMBOLDT-VIADRINA School of Governance ein Begleitforschungsprojekt ins Leben gerufen, das besondere Rücksicht auf die Arena der Zivilgesellschaft legt. Dies ist daher sowohl von wissenschaftlicher als auch pragmatischer Relevanz, da angestrebt wird, Dialogreihen solcher Art zukünftig fortzusetzen.

Vor dem Hintergrund der Annahme, dass zivilgesellschaftliche AkteurInnen in deliberativen Prozessen vor spezifischen Problemen stehen, war ein Fokus der Begleitforschung auf diesen Sektor vonnöten: Ausgangspunkt des Begleitforschungsprojekts war, dass VertreterInnen der Zivilgesellschaft weder in der Lage, noch verpflichtet sind, einheitliche Positionen zu vertreten und daher potentiell völlig unterschiedliche Standpunkte repräsentieren.

Oft selbst nicht beruflich für ihre Organisationen tätig, so die Vermutung, können die AkteurInnen der Zivilgesellschaft dabei nur schwer das Informations- und Kompetenzniveau der VertreterInnen anderer Arenen erreichen. Dies gilt in besonderem Maße für VertreterInnen von kleineren, am Rande oder außerhalb der sogenannten organisierten

Zivilgesellschaft stehenden Organisationen, welche andererseits innerhalb der Zivilgesellschaft und in der Kommunikation mit anderen Arenen laufend an Bedeutung gewinnen.

Zudem wurde davon ausgegangen, dass zivilgesellschaftliche Organisationen noch vielfach in der Situation sind, sich die Teilnahme an ‚hochrangigen‘ Diskursen erkämpfen zu müssen. Die VertreterInnen fühlen sich zwar einerseits durch die Einladung geehrt, glauben aber andererseits viel mehr als andere, die Gelegenheit zum Marketing für ihre Organisation nutzen zu sollen. Dies liegt auch daran, dass sich an Themen ausgerichtete zivilgesellschaftliche Interessen kaum repräsentativ organisieren lassen. Anders ausgedrückt: Es gibt niemanden, der sich anmaßen könnte, für „die Zivilgesellschaft“ zu sprechen. Andererseits wird unterstellt, dass VertreterInnen der Zivilgesellschaft besonders viel Empathie und Engagement einbringen und daher oft kontinuierlicher daran mitwirken als andere.

Schließlich wird ihre Legitimation vielfach bestritten, sie gelten - nicht immer zu Unrecht - als InteressenvertreterInnen, obwohl sie in ihrer Argumentation idealtypisch in besonderer Weise thematisch und gerade nicht interessengeleitet sein sollten. Dieser Nimbus haftet zwar VertreterInnen der Wirtschaft noch deutlich stärker an, jedoch wird von diesen die Verfolgung von Partikularinteressen von vornherein erwartet. Von einzelnen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen hingegen wird fälschlicher Weise oft eine nicht erfüllbare, weil widersprüchliche objektive Gemeinwohlorientierung verlangt. Die pluralistische Zivilgesellschaft als Ganzes kann diesen Anspruch einlösen. Das Gemeinwohlbewusstsein einzelner VertreterInnen ist jedoch stets ein subjektives.

Insgesamt lässt sich jedenfalls konstatieren, dass die genannten Mängel ihrer Organisierbarkeit und das Fehlen von Sprecherrollen die einzelnen VertreterInnen in derartigen dialogischen Verhandlungssituationen eine schwierige Ausgangsposition erkennen lassen. Gleichzeitig bleibt unklar, wie die Zivilgesellschaft in partizipative Prozesse so eingebunden werden kann, dass ihre Handlungslogik nicht in Gefahr ist, ihre Stimme aber dennoch wirksam zu Gehör gebracht werden kann. Die Einbindung und Durchsetzungsfähigkeit von VertreterInnen der Zivilgesellschaft in dialogische Deliberationsprozesse wirft demzufolge andere Fragen auf als die der übrigen Beteiligten.

Aus diesem Grund sollte der Auftritt der Zivilgesellschaft unter der Thematik „VertreterInnen der Zivilgesellschaft in dialogischen Prozessen: Auswahl, Auftritt, Handlungslogik, eigenes Rollenverständnis, Interaktion mit den AkteurInnen und Partizipationspotenziale, am Beispiel des Dialogs zur Energiewende“ untersucht werden. Der Fragestellung sollte im Wege der

teilnehmenden Beobachtung bei den Plenums- und Untertrialogrunden sowie mit qualitativen Interviews mit einigen Beteiligten aus der Zivilgesellschaft nachgegangen werden.

3. Stand der Forschung

Die aktuelle Forschung zur Teilnahme von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen zu Großprojekten wie der Energiewende bezieht sich größtenteils auf die Partizipation von BürgerInnen aus der nichtorganisierten Zivilgesellschaft. Aufgrund der demokratischen Legitimation und der gesellschaftlichen Konsensfähigkeit eines solch weitreichenden Vorhabens ist die Bedeutsamkeit der Entscheidungsteilhabe von BürgerInnen unumstritten. Die Notwendigkeit von deliberativen Beteiligungsprozessen wird demzufolge kaum angezweifelt (vgl. Renn 2013, NN: Akzeptanz für Großprojekte 2012).

Doch ist die aktuelle Rolle der BürgerIn zurzeit häufig negativ besetzt: „Politikverdrossenheit, St-Florians-Prinzip, Wutbürger, Protestkultur, Besitzstandwahrung, Anspruchsmentalität - diese Schlagworte kennzeichnen die aktuelle Debatte um die Rolle des Bürgers in unserer heutigen Gesellschaft“ (Renn 2013: 71). Insbesondere in Zusammenhang mit energiepolitischen Maßnahmen wird der BürgerIn oftmals eine „Nimby“ („not in my backyard“)-Haltung zugesprochen, was bedeutet, dass Partizipation vor allem dann besonders ausgeprägt ist, wenn die BürgerInnen persönlich von bestimmten Vorhaben oder Maßnahmen betroffen sind.

Im Rahmen einer Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung und bp wurden jedoch Engagierte, die sich gegen Bauprojekte im Zuge der Energiewende einsetzen, befragt, und es zeigt sich, dass sie solche Zuweisungen strikt von sich weisen. Als überdurchschnittlich gut ausgebildete Personen (vgl. Marg/Hermann et al. 2013: 100) versuchen sie vielmehr, auf der Grundlage rationaler Argumente und mit erworbener Expertise, Einfluss auf öffentliche Projekte zu nehmen (vgl. ebd.). Die AutorInnen dieser Studie sprechen sich infolgedessen gegen eine zu eindimensionale Sicht auf die „Nimby“-Einstellung aus, da dadurch u.a. eine Dichotomie zwischen „guter“ und „schlechter“ Beteiligung aufgemacht werde und gleichzeitig der Schutz der Heimat nicht allein durch egoistische Interessen erklärt werden könne (vgl. ebd.: 103, 105).

Die gleiche Studie verweist auf eine zunehmende Organisation von BürgerInnen im Sinne der Gründung von Bürgerinitiativen oder darauf folgend Vereinen. Insbesondere letzteres wird vor allem mit einer höheren Zustimmung von außen, „ein[em] respektvollere[m] Verhältnis zu Medien und Politikern“ (ebd.: 112) sowie mit sachlich-strukturellen Vorteilen begründet (vgl. ebd.). Jene Organisationen werden häufig in Hinblick auf ein bestimmtes

Projekt, Vorhaben oder eine politische Maßnahme gegründet. Die Mitglieder engagieren sich dafür freiwillig neben ihrem Beruf. Obschon sich die Mitglieder, auch wenn sie nicht hauptberuflich für jene Organisation tätig sind, oftmals eine umfangreiche Expertise (vgl. ebd.: 100) aneignen, unterscheidet sich die Art der Professionalisierung im Vergleich zu derjenigen von AkteurInnen, die hauptberuflich für zivilgesellschaftliche Organisationen arbeiten.

Eine weitere umfangreiche Studie, die sich mit Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende befasst, wurde 2012 von RWE durchgeführt. Dabei wurde auch ein besonderer Fokus auf die organisierte Zivilgesellschaft in Form von Non-Profit-Organisationen gesetzt.

Im Rahmen dieser Studie wird deutlich, dass vor allem NGOs ein besonders hohes Ansehen haben, wenn es um Vertrauenswürdigkeit und Kompetenz geht (vgl. NN: Akzeptanz für Großprojekte 2012: 69). Demzufolge genießen diese zivilgesellschaftlichen Organisationen eine wesentlich höhere Glaubwürdigkeit als Parteien, Wirtschaftsverbände oder Unternehmen (vgl. ebd.).

NGOs und Bürgerinitiativen verfügten demnach über ein ausgesprochen großes Wissen und seien der Thematik gegenüber sehr enthusiastisch (vgl. ebd.: 71). Die Bedeutung der NGOs habe auch aufgrund des ExpertInnenwissens innerhalb der Organisation zugenommen. So stelle das Fachwissen der ExpertInnen aus NGOs einen wertvollen Mehrwert für Großprojektplanungen dar (vgl. ebd.: 223).

Ferner bestünde eine „wahrgenommene moralische Überlegenheit“ (ebd.: 72) der Organisationen, da man von Ihnen Gemeinnützigkeit und keine Profitorientierung erwarte. Dies wird ergänzt durch die hohe Geschwindigkeit ihrer Arbeit. Gleichzeitig, so die interviewten ExpertInnen der Studie, emotionalisierten NGOs besser als Unternehmen und ließen mitunter sachliche Argumente vermissen (vgl. ebd.: 71f.). So beschreibt Deutsche Bahn-Vorstandsmitglied Volker Kefer NGOs im Experteninterview wie folgt:

„Sie sind mit sehr viel Enthusiasmus und Leidenschaft dabei und häufig erstaunlich gut informiert. Ein intensiver Austausch verlangt jedoch nach inhaltlichem Tiefgang in der Argumentation. Die Kampagnen von NGOs oder Bürgerinitiativen führen aber oft weg von einer sachlichen Auseinandersetzung“ (ebd.: 197f.).

Zivilgesellschaftlichen Organisationen wird also auf der einen Seite ein immer größerer Stellenwert in Bezug auf Partizipation bei Großprojekten zugesprochen. Das äußert sich vor allem durch die erhöhte Glaubwürdigkeit, aber auch durch die Leidenschaft und das Fachwissen, welches den Mitgliedern von beispielsweise NGOs angehaftet ist. Andererseits

besteht die Annahme, dass inhaltliche Defizite in der rationalen Argumentation bestehen. Es zeigt sich deutlich, dass die Wahrnehmungen hinsichtlich der organisierten Zivilgesellschaft oftmals sehr heterogen sind.

4. Theoretische Annahmen und empirische Vorgehensweise

4.1 Neo-Institutionalismus als theoretischer Rahmen der Analyse

Der theoretische Rahmen, in den zum einen grundlegende Vermutungen eingebettet, zum anderen aber auch daraus folgende Fragen formuliert wurden, stellt das Konzept des Neo-Institutionalismus nach Meyer/Rowan bzw. DiMaggio/Powell dar. In diesem Kontext wird davon ausgegangen, dass sich die Strukturen und die Aktivitäten von Organisationen nicht allein auf eine ökonomische Effizienzorientierung reduzieren lassen, sondern dass Organisationen immer anstreben, gegenüber ihrer Umwelt als legitim zu erscheinen.

Dabei gehen die Autoren davon aus, dass sich Organisationsstrukturen in Hinblick auf institutionalisierte Erwartungen und Rationalitätsmythen zusammensetzen. Organisationen existieren demnach immer im Kontext von institutionalisierten Regeln (vgl. Meyer/Rowan 1977: 340f.). Die Legitimität der Organisationen wird gesichert, indem sie ihre internen Strukturen an externe Denkmuster und Werte anpassen. Aufgrund von Interdependenzen zwischen Organisationen und den genannten Umwelterwartungen gleichen sich die Organisationen zunehmend aneinander an, was die Autoren mit dem Phänomen des Isomorphismus erklären (vgl. ebd.: 346f.).

Im Rahmen des vorliegenden Forschungsprojekts wurde vor allem auf die sogenannten Umwelterwartungen eingegangen. Organisationen müssen auf diese Umwelterwartungen reagieren, um Legitimität von außen zu erhalten. Die Frage, die sich im Zuge dieser Arbeit daraufhin stellte, war diejenige nach der Bedeutung der Anpassung von Organisationen für die Zivilgesellschaft. Die Verhaltenserwartungen, die sich aus den Umwelterwartungen heraus ergeben, sind für die organisierte Zivilgesellschaft zu uneindeutig und heterogen, um daraus klare Handlungsorientierungen in jeder Situation zu erhalten. Gleichzeitig müssen die Organisationen sehr genaue Vorstellungen von ihren Umwelterwartungen vorweisen, um entsprechende Anpassungsleistungen zu vollbringen, damit sie ihre Legitimität gewinnen bzw. erhalten. Vor diesem Hintergrund stellte sich die Frage, wie sich der Mangel an eindeutig definierten Handlungsorientierungen auf das Verhalten der zivilgesellschaftlichen AkteurlInnen auswirkt.

DiMaggio/Powell beziehen sich in ihrem Aufsatz verstärkt auf Homogenisierungsprozesse und Erklärungen für die zunehmende Angleichung von Organisationen in modernen Gesellschaften. Die Autoren verwenden dafür den Begriff des Organisationsfeldes:

„By organizational field, we mean those organizations that, in the aggregate, constitute a recognized area of institutional life: key suppliers, resource and product consumers, regulatory agencies, and other organizations that produce similar services or products.“ (DiMaggio/Powell 1983: 148).

Kirchner (2012) beschreibt dieses Organisationsfeld unter Rückbezug auf DiMaggio/ Powell als „soziale Bezugsgruppe der Organisation“ (Kirchner 2012: 35). Da die Organisationen die gleichen Umwelterwartungen und –einflüsse teilen, nähern sie sich in ihren Strukturen und Prozessen zunehmend aneinander an.

Dabei wird zwischen drei Mechanismen unterschieden, durch welche sich Organisationen angleichen: zwingendem, mimetischem und normativem Isomorphismus (vgl. DiMaggio/Powell 1983: 150). Im Rahmen dieses Projektes soll sich vor allem auf letzteres konzentriert werden. Den Autoren zufolge entsteht normativer Druck hauptsächlich durch Professionalisierungen, die einander ähnlich strukturiert sind. Zwei Aspekte der Professionalisierung sind demzufolge wichtig für den Prozess des Isomorphismus:

„One is the resting of formal education and of legitimation in a cognitive base produced by university specialists; the second is the growth and elaboration of professional networks that span organizations and across which new models diffuse rapidly.“ (ebd.: 152).

Im Hinblick darauf ist es notwendig zu erforschen, ob die Professionalisierung, die sich durch eine gemeinsame kognitive Basis ergibt, auch zwischen AkteurlInnen unterschiedlicher Organisationen und aus unterschiedlichen Sektoren angleicht. Welche Rolle spielt dieser Aspekt des Isomorphismus für die zivilgesellschaftlichen Organisationen in deliberativen Prozessen?

Vor dem Hintergrund des Isomorphismus sollten in dieser Arbeit die Struktur- und Formanpassungen der zivilgesellschaftlichen Organisationen untereinander analysiert und weitere, daran anschließende Forschungsfragen formuliert werden.

4.2 Organisationsanalyse, teilnehmende Beobachtung und qualitative Interviews

Um die Zivilgesellschaft als Akteur im deliberativen Prozess der Dialogreihe analysieren zu können, musste zunächst herausgestellt werden, welche Arten von Organisationen eingeladen und ausgewählt wurden. Dies ist vor allem hinsichtlich der Frage der

